

3. Digitalministerkonferenz

12. und 13.05.2025 in Ingelheim am Rhein

TOP 6.17

Beschluss

Sachsen-Anhalt

Digitale Verwaltung braucht digital kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Digitalministerkonferenz stellt sich den Herausforderungen und Chancen der digitalen Transformation in den öffentlichen Verwaltungen. Sie sieht die Notwendigkeit, die digitale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen des Bundes und der Länder zu stärken und sicherzustellen, dass sie sich an die veränderten Anforderungen der digitalen Welt anpassen können, sowohl im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeitswelt als auch in der Wahrnehmung ihrer Fachaufgaben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln durch die jeweiligen Haushaltsgesetzgeber.

Die Digitalministerkonferenz fasst den folgenden Beschluss:

- 1. Stärkere Vernetzung:** Die Digitalministerkonferenz setzt sich dafür ein, die Vernetzung öffentlicher, öffentlich geförderter oder privater Akteure auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, einschließlich von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, zu stärken, um einen Erfahrungsaustausch zu fördern und Lösungen zu skalieren. Die

Akteure werden eingeladen, ihre Angebote auf einer zentralen Landing-Page zu verknüpfen. Diese soll als zentraler Anknüpfungspunkt für Austausch, Information und Zusammenarbeit dienen.

- 2. Offene Fort- und Weiterbildung:** Die Digitalministerkonferenz ist bestrebt, bereits bundesweit bestehende Angebote von Fort- und Weiterbildungsinstitutionen, die sich auf Verwaltungsdigitalisierung spezialisiert haben, für Beschäftigte über kommunale und Landesgrenzen zu öffnen sowie inhaltlich zu erweitern und zu überarbeiten, um sie für einen breiteren Personenkreis nutzbar zu machen. Die Bekanntheit bestehender Angebote von Wissensseinrichtungen ist zu erhöhen, um diese flächendeckend nutzbar zu machen.
- 3. Digitalkompetenz in der Ausbildung und bei der Personalentwicklung:** Die Digitalministerkonferenz setzt sich dafür ein, dass Digitalkompetenz und digitales Fachwissen als Aspekt bereits in der Ausbildung und bei der Personalentwicklung verankert werden. Digitalkompetenz und damit verbundene Expertise sollten nicht nur im IT-Bereich die Chance auf ein höheres Entgelt oder eine etwaige Fachkarriere ermöglichen, damit die Verwaltung auch in dieser Hinsicht als eine attraktive Arbeitgeberin bestehen kann.

Die DMK unterstützt den Beschluss der 222. Innenministerkonferenz (IMK), in dem sie die „Anforderungen an die Hochschulausbildung zum Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes“ empfiehlt.

Die Perspektive einer beruflichen Weiterentwicklung innerhalb der Verwaltung sollte für vorhandene Beschäftigte, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit oder ohne IT-Bezug verstärkt in Betracht gezogen und aufgezeigt werden.

- 4. Formelle Ausbildungsmöglichkeiten:** Die Digitalministerkonferenz fordern die Weiterentwicklung und Anerkennung von formellen Ausbildungsmöglichkeiten in der

beruflichen und in der akademischen Ausbildung in Digitalisierung und IT in einem fortschreibbaren Berufekatalog.

- 5. Informelles Lernen:** Die Digitalministerkonferenz schlägt ebenfalls die Erfassung und Verknüpfung aller bereits zugänglicher informeller Lernangebote auf vorgenannter Landing-Page vor. Sie spricht sich für ein Honorierungssystem als personalpolitisches Instrument aus, um investierte Zeit und das Engagement der Beschäftigten anzuerkennen.
- 6. Mentoring-Programme:** Die Digitalministerkonferenz setzt sich dafür ein, Mentoring-Programme für motivierte Beschäftigte in IT-Unternehmen zu unterstützen und die Möglichkeit zu eröffnen, dass Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung Hospitationen in der Digitalwirtschaft absolvieren können.
- 7. Kompetenznachweis:** Die Digitalministerkonferenz setzt sich für die Einführung eines bundesweit anerkannten Kompetenznachweises ein, verbunden mit einem freiwilligen Kompetenz-Check.
- 8. Praxis- und Erfahrungsaustausch auf Länderebene:** Die Digitalministerkonferenz etabliert einen Praxis- und Erfahrungsaustausch in einer Unterarbeitsgruppe der DMK. Diese tritt mit den für Hochschul- und Erwachsenenbildung zuständigen Arbeitsgruppen der Kultusministerkonferenz (KMK) sowie dem IT-Planungsrat in den fachlichen Austausch unter Berücksichtigung der jeweiligen Zielsetzungen im Bereich der digitalen Kompetenzen. Die Unterarbeitsgruppe prüft länderübergreifende Vereinbarungen zur Allokation von Finanzmitteln bei Bund und Ländern, um die Umsetzung dieser Festlegungen zu ermöglichen.
- 9. Unterrichtungen:** Die Digitalministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, die KMK, die IMK und den IT-Planungsrat über diesen Beschluss sowie die für Digitalisierung und Bildung zuständigen Bundesministerien zu unterrichten.